Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 27 (2007)
Heft: 53

Artikel: Der neue Imperialismus
Autor: Wissel, Jens
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652611

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jens Wissel

Der neue Imperialismus

Der Imperialismusbegriff hat schon einige Konjunkturen hinter sich (Andersson 2004). Noch vor wenigen Jahren waren sich die Sozialwissenschaften weitgehend einig darin, dass dieser Begriff allenfalls einen Wert zur Beschreibung polit-ökonomischer Entwicklungen im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besitzt. Nach einem Revival der Imperialismusdebatte in den 1970er Jahren wurde es in den 80er Jahren merklich ruhiger um den Begriff und mit dem Mauerfall 1989 verschwand er in den akademischen Debatten nahezu gänzlich.[1] Die neuen Leitbegriffe hiessen nun Globalisierung, internationale Kooperation und Abrüstung, Global Governance und schließlich Weltinnenpolitik zur Universalisierung der Menschenrechte. Dass auch die 1990er Jahre voll von Kriegen und wirtschaftspolitischen Konflikten waren, die wenig mit der Verwirklichung von Menschenrechten zu tun hatten, war offensichtlich; dass dies etwas mit Imperialismus zu tun haben könnte, schien dem Mainstream aber abwegig. Hinzu kam, dass der Imperialismusbegriff immer in einem engen Zusammenhang mit dem Nationalstaat stand. Dieser aber, so glaubte man vor noch nicht allzu langer Zeit, sei im Verschwinden begriffen oder verlöre weitgehend seine Handlungsfähigkeit (vgl. Krätke 2006).

Zur Rückkehr des Imperialismusbegriffs

Noch vor den Anschlägen des 11. September 2001 begann eine Debatte, zunächst in den USA und dann auch in Großbritannien, in der die Begriffe „Imperium“ und „Imperialismus“ wieder auftauchten. Es waren Neokonservative und dann auch Liberale aus Amerika, die den Begriff wieder hoffähig machten. Keineswegs in kritischer Absicht, aber man war sich einig, dass in einer Welt, die von Gewalt geprägt ist, ein Empire auch mit Gewalt für Ordnung sorgen müsse. Sie stellen sich dabei ein ‘Empire Lite’ vor, in dem es auch um Aufbauhilfe gehen müsse (Ignatieff 2003). Robert Kagan wies die Europäer darauf hin, dass diejenigen, die keine entsprechenden militärischen Mittel haben, um Ordnung herzustellen, aus naheliegenden Gründen, immer schon, für friedlichere Mittel plädierten (2003). Wie auch immer, mit George W. Bush schien der Imperialismus zurückgekommen zu sein und auch der „Nationalstaat“ feiert seit kurzem ein erstaunliches wissenschaftliches Comeback (Leibfried/Zürn 2006). Waren die Beiträge zum neuen American Empire anfänglich eher von geringem Tiefgang, so kamen nach und nach auch die Sozialwissenschaften auf den Imperialismusbegriff zurück (vgl. Mann 2003). Imperialismus wurde hier als Krisenphänomen begriffen und als Anzeichen der in die Krise geratenen US-Hegemonie analysiert (siehe auch Wallerstein 2004). Mit einiger

Verspätung erschienen Beiträge, die den Zusammenhang von Kapitalismus und Imperialismus untersuchten (etwa Harvey 2004; Panitch/Gindin 2004, Zeller 2004; einen Überblick bieten Deppe et al. 2004). Bevor ich aber auf diese Debatte zu sprechen komme, möchte ich noch einmal auf die Konjunkturen des Imperialismusbegriffs zurückkommen und fragen, warum der Begriff noch bis vor kurzem fast völlig aus der Öffentlichkeit verschwunden war.

Zum einen ist es sicherlich die Tatsache, dass sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach den 1970er Jahren nachhaltig verschoben haben. Gesellschaftskritisches Denken wurde zum anderen stark marginalisiert und die Wissenschaften haben sich in ihren akademischen Teilbereichen eingerichtet[2], während das Ende des Ost-West Konfliktes schließlich zu überhöhten Hoffnungen auf eine friedlichere Welt führte. Aber das ist nur die eine Seite, denn Kapitalismuskritik ist nie gänzlich verschwunden. Es gab auch in den 1980er und 1990er Jahren eine rege Debatte über die Zusammenhänge und Transformationen im kapitalistischen Weltsystem, und es gab wichtige und weiterführende Beiträge. Allerdings sucht man auch hier nach dem Imperialismusbegriff meist vergebens. Warum?

Leo Panitch und Sam Gindin (2004) weisen darauf hin, dass das zwischenzeitliche Verschwinden dieser Diskussionen hinter den alles dominierenden Globalisierungsdebatten durchaus auch Gründe in den theoretischen Ungenauigkeiten des Imperialismusbegriffs hatte. Mit Bezug auf Karl Kautsky machen sie auf dieses Problem aufmerksam: „Zunächst müssen wir uns darüber klar werden, was wir unter Imperialismus zu verstehen haben. Dieses Wort wird heute auf Schritt und Tritt gebraucht, aber je mehr man darüber spricht und diskutiert, desto unbestimmter wird es, was natürlich jede Verständigung erschwert“ (Kautsky zitiert nach Panitch/Gindin 2004, 12). Auch in den siebziger Jahren wurde der Imperialismusbegriff als politischer Kampfbegriff übermaßen verallgemeinert. Das analytische Potential des Begriffes, das in dem Verweis darauf liegt, dass die Verhältnisse im Kapitalismus meist wenig mit friedlicher Kooperation zu tun haben, dafür aber sehr viel mit Macht und Gewaltstrukturen, nahm ab: der Begriff verlor seine Konturen und wurde zunehmend synonym mit Kapitalismus verwendet.

Aber es waren nicht nur Ungenauigkeiten, die zum weitgehenden Verschwinden des Begriffs führten, auch vermeintliche Gewissheiten hatten den Begriff lange diskreditiert. Oft wurde zu schnell und zu unvermittelt von ökonomischen Verhältnissen auf imperialistische Politik geschlossen, zudem verband man mit dem Begriff „Imperialismus“, als ‘höchstem Stadium des Kapitalismus’ (Lenin 1917), immer noch eine teleologische Perspektive (siehe hierzu auch Massarrat 2005). Panitch und Gindin haben recht, wenn sie fordern, dass es einer neuen „Theoretisierung des Imperialismus [bedarf] – einer Theorie, die die Grenzen der alten marxistischen ‘Stufentheorie’ über die zwischenimperialistische Konkurrenz hinter sich

lässt und genügend Raum für eine umfassende Würdigung der historischen Faktoren bietet [...]." (2004, 15f.) Die Tatsache, dass der Nationalstaat nicht verschwunden ist, heißt nicht, dass er sich nicht verändert hat. Materialistische Staatstheorie hat hierauf schon seit langem hingewiesen (vgl. Hirsch 1990, 1995; Jessop 1990, 2002; Panitch 1994). Man ist sich weitgehend einig darin, dass sich der Nationalstaat seit der Krise des Fordismus in einem profunden Transformations- und Internationalisierungsprozess hin zu einem 'nationalen Wettbewerbsstaat' (Hirsch 1995) befindet.

Aber nicht nur die Staaten haben sich verändert, die gesamte räumliche Konstellation im kapitalistischen Weltsystem hat sich neu angeordnet. Die Debatten der 1970er Jahre waren beherrscht von einem relativ klaren Zentrum-Peripherieverhältnis. Im Zuge der Inter- und Transnationalisierung der Produktion durch transnational operierende Konzerne, der partiellen Transnationalisierung der Klassenverhältnisse sowie der Entstehung globaler Migrationsstöme hat sich auch das Zentrum-Peripherieverhältnis rekonfiguriert. In der Peripherie sind technologisch hochentwickelte Produktionsstätten entstanden, während in den Zentren periphere Lebensbereiche Einzug gehalten haben. Mittlerweile findet man in jeder europäischen oder nordamerikanischen Großstadt periphere Verhältnisse, in denen Menschen, die in Niedriglohnsektoren arbeiten, ohne dass sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, oder völlig entrechtete illegalisierte MigrantInnen ums nackte Überleben kämpfen. Diese Transformationsprozesse können die Imperialismustheorien nicht unberührt lassen. Es ist also aus verschiedenen Gründen nicht möglich, unvermittelt an die Diskussionen der 1970er Jahre anzuschließen.

Ich werde im Folgenden versuchen anzudeuten, in welche Richtungen am Imperialismusbegriff weitergearbeitet werden müsste, um ihn auf eine neue theoretische Basis zu stellen. Dabei werde ich mich weitgehend auf die kapitalistischen Zentren konzentrieren. In den Auseinandersetzungen um die neue Form des Imperialismus kann man feststellen, dass sich zwei Einschätzungen gegenüberstehen. Auf der einen Seite finden sich Arbeiten, die von der Existenz eines neuen transnationalen Empires ausgehen und gleichzeitig annehmen, dass der Imperialismus in der Folge seine Bedeutung verliere (Hardt/Negri 2002); auf der anderen Seite stehen Autoren, die nach wie vor von einem, wenn auch unter veränderten Bedingungen, nationalstaatlich organisierten Imperialismus ausgehen (Harvey 2004). Auch Panitch und Gindin (2004), die von einem neuartigen American Empire sprechen, legen ihren analytischen Schwerpunkt auf eine neue Form des US-Imperialismus. Ich vertrete dagegen die These, dass der Imperialismus nicht verschwindet, dass er aber überlagert wird von einem neuen flexiblen Ensemble aus Staatsapparaten, transnationalen Institutionen und Organisationen sowie informellen Netzwerken, indem sich ein neuer transnationaler Machtblock konstituiert. Das hieße es ginge nicht um die Frage, ob wir in imperialen oder imperialistischen Verhältnissen

leben, vielmehr müssten sich zukünftige Arbeiten damit beschäftigen, in welchem Verhältnis das transnationale Empire zum nationalstaatlich organisierten Imperialismus steht.

Der Zusammenhang von Kapitalismus und Imperialismus

In der klassischen Phase äußerte sich imperialistische Politik darin, dass die jeweiligen Nationalstaaten die Auslandinvestitionen von expandierenden nationalen Unternehmen schützten, weil diese das Risiko ihrer Investitionen verringern wollten. Diese Politik war in den nationalen Machtblöcken keineswegs unumstritten (siehe Hobson 1902). Für Lenin war der Sieg der Imperialisten aufgrund der dem Kapitalismus innewohnenden Monopolisierungsprozesse eine notwendige Entwicklung. Hobsons Vorstellung, man könne das Problem der Unterkonsumption durch die Umverteilung der Monopolgewinne und durch bessere Sozialleistungen lösen, war zwar zu seiner Zeit aufgrund der Kräfteverhältnisse nicht realisierbar; der binnenmarktzentrierte Fordismus zeigte aber, dass die Vorstellung Hobsons keineswegs abwegig war und dass er letztlich gegenüber Lenin recht behalten sollte.

Eine zentrale Erkenntnis, sowohl staatstheoretischer Forschung als auch regulationstheoretischer Arbeiten, liegt in der Feststellung, dass Kapitalismus nicht auf abstrakte Gesetzmäßigkeiten zu reduzieren ist, sondern je nach kulturellen, politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen höchst unterschiedliche Formen in Raum und Zeit annehmen kann. Der Kapitalismus hat sich in diesem Sinne als äußerst flexibel erwiesen und es entstanden, trotz seiner prinzipiellen Krisenanfälligkeit, immer wieder Regulationsformen und Akkumulationsregime, die über längere Zeit relativ stabile Verhältnisse garantierten und die gesellschaftlichen Widersprüche prozessierbar machten. Es gibt also weder einen vorbestimmten Entwicklungsweg zum Zusammenbruch, noch einen automatischen Mechanismus, der ökonomische Strukturen in imperialistische Politik umsetzt. Es muss allerdings Ursachen geben, die den Imperialismus in kapitalistischen Verhältnissen immer wieder hervorbringen. Die Frage nach dem Zusammenhang von Kapitalismus und Imperialismus hat sich also keinesfalls erledigt.

Im Fordismus beispielsweise ist der Imperialismus nicht verschwunden, aber es gab andere Formen, in denen sich die Politik bewegte. So gesehen ist die Tatsache, dass dem Hegemoniebegriff[3] zur Analyse fordistischer Gesellschaften und ihrer Krisen eine enorme Bedeutung zugekommen ist, kein Zufall. Im Fordismus war der Imperialismus zudem weniger das Ergebnis des generellen kapitalistischen Expansionsdranges als vielmehr im Zusammenhang mit den geostrategischen Auseinandersetzungen des Ost-West Konfliktes zu sehen, wie David Harvey anmerkt (vgl. 2003, 21f.). Nimmt man die relative Autonomie politischer Prozesse ernst, dann kann

imperialistische Politik nicht immer einzig durch ökonomische Rationalität erklärt werden. Mitunter ist das Gegenteil der Fall, wie Hannah Arendt schon für die Phase des klassischen Imperialismus darlegte. „Als die imperialistische Politik die Bahnen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten längst verlassen hatte und der ökonomische Faktor längst dem imperialen zum Opfer gefallen war, mühten sozialistische Theoretiker sich immer noch damit, die 'Gesetzmäßigkeiten' des Imperialismus zu entdecken. An die unveräußerlichen Rechte der Profitrate glaubten außer einigen älteren Herren in den Kreisen der Hochfinanz nur noch Marxisten, nachdem in Südafrika selbst längst alle rationalen Profitberechnungen dem 'Rassefaktor' aufgeopfert waren." (1975, 57f.) Auch eine ausser Kontrolle geratene Militarisierung, wie sie seit dem 11. September 2001 mit der Aufrechterhaltung eines globalen permanenten Kriegszustandes im Gange ist, kann ökonomische Kalküle, sieht man einmal von den unmittelbar vom Krieg profitierenden Industriezweigen ab, in den Hintergrund drängen (vgl. Mann 2003).

Es gibt also nicht nur Konjunkturen des Imperialismusbegriffs, sondern auch Konjunkturen Imperialistischer Politik.[4] In diesem Sinne kann die in den Vordergrund rückende imperialistische Politik als Folge der schwindenden US-Hegemonie gedeutet werden. „Wenn es den USA an 'Welthegemonie' fehlt, so ist der Grund für die Schwäche in ihrer Position der Stärke zu suchen. Die militärische Potenz der USA zur Überwältigung rivalisierender Mächte unterhöhlte das 'Streben nach globaler Übereinkunft'." (Haug 2003, 240) Imperialismus steht gleichwohl in einem Zusammenhang mit einem dem Kapitalismus innewohnenden Expansionsdrang. David Harvey sieht ihn in der Tendenz des Kapitalismus, „Überakkumulationskrisen hervorzubringen" (2003, 16). „Das Problem besteht in der Notwendigkeit, profitable Abflussmöglichkeiten für überschüssige Kapitale zu finden. Die offensichtliche Antwort auf dieses Problem liegt im Kapitalexport (von Geld, Waren oder Produktionskapazitäten) in profitträchtige Regionen (oder, und das läuft letztlich auf das selbe hinaus, in Kostensenkungen durch Import von Niedriglohnarbeitskräften und billigeren Rohstoffen." (2004, 39; ähnlich Hirsch 2004).

Allerdings bedeutet Expansionsdrang nicht notwendig Imperialismus, denn die Expansion muss nicht nach außen gehen, ebensogut kann sie nach innen gehen und zu einem neuen Schub der gesellschaftlichen Durchkapitalisierung führen. Perioden innerer Expansion sind dabei ebensowenig imperialistisch, wie Kapitalexport oder Produktionsauslagerung per se imperialistisch sind. Sie werden dazu erst, wenn sich Anleger oder Investoren nicht mehr mit dem hohen Risiko der Auslandsanlagen abfinden und von ihren Regierungen fordern, diese Sicherheit im Ausland zu gewährleisten (vgl. Arendt 1975, 54f) oder wenn die Expansion erst durch die politisch erzwungene oder gewaltsame Öffnung anderer Volkswirtschaften bzw. Märkte ermöglicht wird.

Joachim Hirsch unterscheidet zudem zwei Formen äußerer Expansion: formelle Expansion, die auf direkter militärischer Unterwerfung beruht, und informelle Expansion, in der die Expansion des Kapitals durch indirekten Zwang abgesichert wird (Hirsch 2004, 674). Beide Formen dieser äußeren Expansion lassen sich als imperialistisch bezeichnen. Es gibt aber, wie oben schon angedeutet, noch eine dritte Form der Expansion, nämlich eine hegemonial abgesicherte Form, in der politische Führung und Konsens eine wesentlich größere Rolle spielen. Prototyp hierfür ist die Ausbreitung fordistischer Regulations- und Akkumulationsmuster in Europa und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. Tatsächlich lassen sich die unterschiedlichen Formen der Expansion (die innere sowie die unterschiedlichen Formen der äußeren) in der Realität nur schwer auseinanderhalten, sie treten meist kombiniert auf. Welche Form der Expansion dominant wird, hängt sowohl von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen des jeweiligen Staates als auch von den geopolitischen Kräfteverhältnissen ab.

Die veränderte Konstellation

Insbesondere die im Neoliberalismus politisch vorangetriebenen Entstehungen von transnationalen Produktionsnetzwerken seit den 1990er Jahren und die partielle Transnationalisierung der Klassenverhältnisse haben die kapitalistischen Verhältnisse verändert. Die Kräfteverhältnisse in den Nationalstaaten haben sich nachhaltig transnationalisiert, weil eine starke Fraktion des Machtblocks auf transnationale Akkumulation ausgerichtet ist. Diese transnationalisierte Bourgeoisie ist dabei keineswegs als einheitlich handelnder Block zu betrachten, vielmehr bleibt sie auf die verschiedenen Nationalstaaten bezogen, in sich gespalten und durch das Konkurrenzverhältnis bestimmt. Nicos Poulantzas hielt 1973 fest, dass sich die US-amerikanischen Produktions- und Konsumptionsnormen weniger durch äußeren Druck in Europa durchsetzten als vielmehr durch eine Interiorisierung von Herrschaftsverhältnissen. Mit anderen Worten, die nationalen Machtblöcke veränderten sich innerlich. Die nationalen Bourgeoisien[5] verloren an Einfluss oder transformierten sich durch das in ihnen eingelagerte 'ausländische' Kapital. Es entstand, so Poulantzas, eine „innere Bourgeoisie".[6] Diese verkörpert eine Klasse, die weder mit der nationalen Bourgeoisie noch mit der 'Compradoresbourgeoisie'[7] zu vergleichen ist. Sie nimmt gegenüber diesen beiden Klassen eine mittlere Position ein. Dabei kann sie weder ungebrochen nationale Interessen vertreten, noch ist sie eine gekaufte und völlig abhängige Bourgeoisie ohne eigene materielle Basis. Trotz eigener ökonomischer Basis ist die innere Bourgeoisie also nicht unabhängig vom hegemonialen US-Kapital. Gleichzeitig verweist der „Begriff der inneren Bourgeoisie auf einen Prozess der Internationalisierung und nicht auf eine im 'nationalen' Raum 'eingeschlossene Bourgeoisie'" (Poulantzas 2001, 55).

Entscheidendes Merkmal der neuen Phase lag in der Tatsache, dass sich die unterschiedlichen Nationalstaaten und ihre Kapitale nicht mehr äußerlich gegenüberstanden, sondern sich gegenseitig durchdrangen. Poulantzas begriff dieses neue Verhältnis als eine neue Form des US-Imperialismus. Einer neuen Epoche amerikanischer Dominanz „entailing a new type of non-territorial imperialism, implanted and maintained not through direct rule by the metropolis, nor even through political subordination of a neo-colonial type, but rather through the induced reproduction of the form of the dominant imperialist power within each national formation and its state." (Panitch 2000, 9) Warum diese Form der inneren Transformation der anderen metropolitanen Staaten imperialistisch ist, kann Poulantzas kaum begründen. Er muss entweder den Begriff so überstrapazieren, dass jede Form kapitalistischer Herrschaft imperialistisch wäre, oder aber er schließt von der ökonomischen Expansion direkt auf imperialistische Politik, was wiederum nur schwer mit seinen staatstheoretischen Einsichten, insbesondere mit der relativen Autonomie des Staates, in Einklang zu bringen wäre.

Sieht man einmal hiervon ab, dann gelingt es Poulantzas, die angedeuteten Veränderungen staatstheoretisch zu deuten. Entscheidend ist, dass er dabei den auch heute noch gängigen Dualismus zwischen Internationalisierung oder Globalisierung auf der einen Seite und Nationalstaaten auf der anderen Seite überwindet. So gesehen beruhen die Internationalisierungs- und später die Transnationalisierungsprozesse auf Veränderungen in den nationalen Gesellschaftsformationen. Die Nationalstaaten wurden innerlich internationalisiert, das heißt, in ihnen verdichteten sich nicht mehr nur nationale Kräfteverhältnisse, sondern auch internationale, weil das in der inneren Bourgeoisie eingelagerte „ausländische Kapital" Teil der nationalen Konstellation geworden ist.

Im Zentrum von Poulantzas' Konzeption stand die Analyse der USA, die die anderen Gesellschaftsformationen durchdrang und nach ihrem Bild formte. Mit Blick auf Europa beschrieb er die innere Bourgeoisie als eine, die aufgrund ihrer zunehmenden Verflechtungen mit dem US-Kapital ihre ideologisch-politische Autonomie tendenziell verliert. „In dem Maße, in dem die Überlegenheit des US-Kapitals schwindet und die Verflechtung zwischen den Triadezentren zu einer wechselseitigen wird, gilt dies allerdings auch für die amerikanische Bourgeoisie." (Alnasseri et al. 2001, 38) Seit den achtziger Jahren sind massive Investitionsströme aus Europa und Japan in die USA zu beobachten.[8] Kurzum: Auch in den USA ist, was Poulantzas nicht mehr sehen konnte, eine innere Bourgeoisie entstanden, die inneren Bourgeoisien haben sich transnationalisiert (Wissel 2007, 119ff.).

Parallel hierzu ist seit dem Zweiten Weltkrieg auf der inter- und transnationalen Ebene ein Institutionengerüst entstanden, in dessen Rahmen Konflikte innerhalb dieser transnationalisierten Bourgeoisie und zwischen

den metropolitanen Nationalstaaten verhandelt werden. Im Zentrum stehen dabei die ökonomischen Regulierungsinstanzen: WTO, IWF und Weltbank. Gemeinsam mit den Zentralbanken und Finanzministerien der „westlichen" Nationalstaaten bilden sie das Rückgrat des neoliberalen Konstitutionalismus (Gill 2000, 43ff.; Hirsch 2004, 681). Dieses Ensemble aus Institutionen und Staatsapparaten bildet ein äußerst flexibles Netzwerk, in dem Widerständen durch die Verlagerung von formaler und realer Macht immer wieder aus dem Weg gegangen werden kann. Wenn ein Projekt an einem Knotenpunkt in diesem Ensemble nicht durchsetzbar ist, so wird durch die Verlagerung der Auseinandersetzung auf andere Institutionen und Organisationen (forum shifting) oder auf andere Ebenen der Regulation (scale shifting) das Terrain gewechselt.

Vormals relativ bedeutungslose Organisationen oder Institutionen können in diesem Prozess schnell mit Kompetenzen aufgeladen werden. Projekte wie etwa das Investitionsschutzabkommen MAI oder eine Verschärfung der geistigen Eigentumsrechte (ausführlich Wissen 2003, 128ff.), die innerhalb der WTO auf Widerstände stießen, werden so an anderer Stelle des beschriebenen Netzwerkes vorangetrieben. Letztes Beispiel ist die gescheiterte WTO Konferenz 2003 in Cancun, bei der die USA und die EU einer neuen Koalition von Semi-Peripheren Ländern (G 20) gegenüberstand. Auch die Aussetzung der Doha-Runde im Juli 2006, deren angebliches Ziel die Liberalisierung des Welthandels zugunsten der armen Länder war, ist in diesem Kontext zu sehen. Nach dem Scheitern der Konferenz in Cancun kristallisierte sich schnell heraus, dass die WTO keineswegs die einzige Option des beschriebenen Machtblocks ist, um die angepeilten Ziele durchzusetzen. Die einseitige Öffnung der Märkte[9] wird nun über bilaterale Freihandelsabkommen erzielt, bei denen die Machtasymmetrien noch direkter durchschlagen (hierzu Wissel 2007, 161ff.).

Transnationales Empire und militärische Weltordnung der USA

Der neue Imperialismus entsteht unter völlig anderen Bedingungen als der klassische Imperialismus. David Harvey formuliert die entscheidende Frage so: „Was bedeutet die grenzenlose Kapitalakkumulation für die territoriale Logik der Macht?" (2004, 37) Der Nationalstaat hat nicht nur seine Position im kapitalistischen Weltsystem verändert, er ist auch selbst innerlich transnationalisiert. Das heißt, dass von nun an der „Block an der Macht kaum mehr auf einer rein nationalen Ebene erfasst werden [kann]. Die imperialistischen Staaten nehmen nicht nur die Interessen ihrer inneren Bourgeoisien wahr, sondern gleichfalls die Interessen des herrschenden imperialistischen Kapitals, wie sie innerhalb des Internationalisierungsprozesses verbunden sind." (Poulantzas 2001, 56, Herv. JW).

Der neue Imperialismus kommt unter transnationalisierten Kräfteverhältnissen, vermittelt über ein transnationales Regulationsnetzwerk zustan-

de. Die unterschiedlichen nationalen Imperialismen werden dadurch tendenziell zu einem sekundären Phänomen. Dies muss sie keineswegs weniger aggressiv machen. Der Bedeutungsverlust der nationalen Bourgeoisien führt dazu, dass sich der nationale Imperialismus auch in seinem Inneren neu zusammensetzt. Durch das fehlende Projekt einer nationalen Bourgeoisie wird er konstellationsabhängiger, das heißt, er entwickelt sich weniger aus einer langfristigen Perspektive denn als Ergebnis aktueller politischer Konjunkturen und ökonomischer Interessen einzelner Fraktionen in den nationalen Machtblöcken. Imperialistische Politik hat immer schon die Möglichkeit geboten, Konflikte einer Gesellschaftsformation nach außen zu verlagern. Dies zeigt sich aufgrund der inneren Fragmentierung der Nationalstaaten umso stärker in der jetzigen Situation. „Die mit der wettbewerbsstaatlichen Transformation verbundene und strukturelle politische Krise und Krise der Repräsentation kann Dynamiken in Gang setzen, die ihrerseits zwischenstaatliche Rivalitäten antreiben. Dies nicht zuletzt dann, wenn versucht wird, die Repräsentationskrise mit populistischen, nationalistischen und rassistischen Strategien der Legitimationsbeschaffung zu kompensieren." (Hirsch 2004, 685)

Die USA, die im globalen Raum praktisch über ein Gewaltmonopol verfügt, setzt mit den Interessen des eigenen Machtblocks durch das in ihr eingelagerte transnationale Kapital auch Interessen durch, die im transnationalen Kontext entstehen. Die USA bilden in der beschriebenen Konstellation zweifellos die wichtigste Verdichtung von Kräfteverhältnissen, es handelt sich aber dennoch um eine Konstellation, die nicht mehr nationalstaatlich zu entschlüsseln ist, auch nicht über den mächtigsten Nationalstaat. In diesem Sinne handelt es sich nicht um ein American Empire, sondern eher um ein transnationales Empire. In gewisser Weise haben Hardt und Negri (2002) recht, wenn sie schreiben, bei dem neuen Gebilde handele es sich nicht um einen Staat, sondern um ein flexibles Netzwerk der Macht[10], in dem die Trennung von Politik und Ökonomie weniger klar strukturiert sei. Dieses Netzwerk überlagert die Nationalstaaten. Das Imperium wäre demnach ein sich ständig veränderndes Ensemble aus nationalen und supranationalen Staatsapparaten (EU), transnationalen Institutionen sowie transnationalen intellektuellen Netzwerken (European Round Table, Trilaterale Kommission etc.), in dem sich ein neuartiger transnationaler Machtblock konstituieren kann. Hier entsteht eine über nationale Interessenlagen hinausgehende imperiale Politik.

Das beschriebene Ensemble ist nicht nur sehr flexibel, sondern auch höchst labil. Neben den vielen Verknüpfungen ist es auch durch eine Vielzahl von Brüchen und Spaltungslinien geprägt. Auch nationale imperialistische Dynamiken können diese Konstellation gefährden. Im Normalfall finden die metropolitanen Staaten nach Konflikten, wie sie vor dem Irak-Krieg zu beobachten waren, sehr schnell zu ihrer alten Kooperation zurück. Diese ist allerdings von Widersprüchen durchzogen, denn unter

der Decke des Empires gärt es, und die Konkurrenzen zwischen Europa[11], Japan und mittlerweile auch China und den USA werden immer öfter in wirtschaftspolitischen Konflikten ausgetragen.

Der neue Schub imperialistischer Politik ist damit aber noch nicht erklärt. Dieser ist ein Ergebnis der schwindenden legitimatorischen Basis der durch die USA militärisch abgesicherten Weltordnung sowie eines fehlenden Entwicklungsprojektes des Neoliberalismus, das dazu in der Lage wäre, reale und/oder illusorische Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Weite Teile der Welt können so weder ökonomisch noch ideologisch in eine hegemoniale postfordistische Weltordnung eingebunden werden. „Folgen sind fortschreitende politische und soziale Fragmentierungen sowohl auf einzelstaatlicher Ebene als auch im internationalen Maßstab, wachsende soziale Ungleichheit, die Marginalisierung ganzer Regionen und der Zusammenbruch von Staaten mit den damit verbundenen gewaltförmigen Konflikten" (Hirsch 2005, 194). Diese faktische Exklusion ganzer Regionen führt dazu, dass die Inklusion zunehmend militärisch bewerkstelligt werden muss. Diese kann imperial, über die UNO oder die NATO organisiert sein oder nationalstaatlich (zumeist) über die USA, wenn sich die führenden kapitalistischen Staaten nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können. Aber auch ein nationalstaatliches Vorgehen bleibt dabei durch die eingelagerten transnationalisierten Kräfteverhältnisse imperial überdeterminiert. Etienne Balibar und Elmar Altvater sprechen in diesem Zusammenhang von globaler Apartheid (Balibar 2003 162; Altvater 2007, 16). Dieser Entwicklung korrespondiert eine Sicherheitspolitik, die nach außen zu einer radikalen Militarisierung und nach innen zum Abbau von Bürgerrechten sowie zu einer Stärkung der repressiven Staatsapparate geführt hat.

Neuausrichtung des Widerstandes

Poulantzas hat recht, wenn er für Europa darauf verweist, dass der Kampf gegen die eigene 'innere' Bourgeoisie und die eigenen Staaten von grundlegender Bedeutung ist. Dieser Kampf kann aber nicht mehr auf den nationalen Rahmen beschränkt geführt werden. Es gibt Beispiele, in denen sich auch die Subalternen erfolgreich auf die unterschiedlichen Ebenen politischer und ökonomischer Regulation beziehen (Winter 2007, Dackweiler 2000). Hierbei geht es nicht darum, die eine oder die andere Ebene der Regulation zu bevorzugen oder zu vernachlässigen, vielmehr sollten die neue Konstellation und die neuen Kommunikationsmöglichkeiten flexibel ausgenutzt werden, sodass die neue globale Bewegung letztlich selbst bestimmt, auf welchem Terrain die Auseinandersetzungen geführt werden. Dabei können auch institutionelle Auseinandersetzungen, die auf eine Stabilisierung transnationaler Regulation zielen, etwa indem deren innere Struktur verändert wird oder indem Maßnahmen durchgesetzt

werden, die die Situation des globalen Südens verbessern, neue Räume für weitergehende Kämpfe öffnen. Die Kritik imperialistischer nationalstaatlicher Politik und ebenso die Kritik an der die nationale Konstellation überlagernden imperialen Politik sollten in den Debatten um emanzipatorische Zielsetzungen und Alternativen einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Anmerkungen

1 Dies besonders in metropolitanen Staaten.

2 Auch hier ist in den letzten Jahren eine Gegentendenz zu beobachten. In den Sozialwissenschaften wird immer häufiger von einer Entgrenzung der akademischen Teildisziplinen gesprochen (vgl. Albert 2003, 568ff.).

3 Hegemonie hier verstanden im Sinne von Gramsci, als asymmetrisches Kompromissverhältnis, in dem die Androhung von Gewalt nicht das zentrale Moment ist. Das hegemoniale Verhältnis endet gewissermaßen da, wo Gewalt offen zutage tritt. Vgl. Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 5, 2001 Berlin.

4 Diese müssen keineswegs übereinstimmen. Inhaltliche Auseinandersetzungen mit Imperialismus hängen auch von einem gesellschaftlichen Interesse ab.

5 „Unter nationaler Bourgeoisie versteht man die einheimische Fraktion der Bourgeoisie, die – von dem Punkt an, an dem die Widersprüche mit dem ausländischen imperialistischen Kapital einen bestimmten Grad erreicht haben – in der ideologischen und politischen Struktur eine verhältnismäßig autonome Stellung einnimmt und so eine eigene Einheit darstellt." (Poulantzas 2001, 51)

6 Zu den theoretischen Problemen dieses Begriffs siehe Jessop 1985, 171ff und 280 und Kannankulam/Wissel 2004.

7 „Dagegen versteht man unter Compradoresbourgeoisie für gewöhnlich die Fraktion der Bourgeoisie, die nicht über eine Basis der Kapitalakkumulation verfügt, die gewissermaßen als bloßer Vermittler des ausländischen imperialistischen Kapitals agiert" (Poulantzas 2001, 51).

8 So auch Kreile (2000, 276). „Im transatlantischen Verhältnis hat das Problem der Dominanz amerikanischer Unternehmen in dem Maße an Bedeutung verloren, wie die Verflechtung durch Direktinvestitionen wechselseitig geworden ist". Hübner weist darauf hin, dass die EU und Japan mittlerweile „mit Blick auf die Direktinvestitionsströme – Nettokapitalexporteure" sind, während die „USA [...] der größte Nettokapitalimporteur" ist (Hübner 2003, 105).

9 Dabei ging es um die sogenannten Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliche Beschaffung, Handelserleichterungen), um Investoren den Zugang zu den Märkten des Südens zu erleichtern.

10 Zu der kontrovers geführten Debatte siehe u.a. Das Argument 248 und Atzert/Müller 2003.

11 Zu den unterschiedlichen Facetten der Konkurrenz zwischen der Europäischen Union und den USA siehe die neue Studie von Altvater und Mahnkopf 2007, sowie Deppe 2007.

Literatur

Albert, Mathias, 2003: Entgrenzung und internationalen Beziehungen: Der doppelte Strukturwandel eines Gegenstandes und seines Faches. In: Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationale Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 555-575

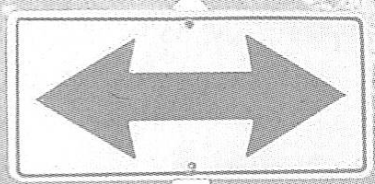
Alnasseri, Sabah / Brand, Ulrich / Sablowski, Thomas / Winter, Jens, 2001: Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus. Das Argument 239, Hamburg, 23-43
Altvater, Elmar 2007: Der Skandal globaler Ungleichheit. Armut wurde auf dem G-8-Gipfel von Heiligendamm de-thematisiert. Widerspruch 52, Zürich
Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 2007: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt. Münster
Andersson, Jan Otto 2004: Stichwort Imperialismus. In: Historisch-kritisches Wörterbuchs des Marxismus, Band 6 / I, Hg. Wolfgang Fritz Haug, Hamburg, 848-864
Arendt, Hannah 1975: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. 2, Imperialismus, Frankfurt-Berlin-Wien
Das Argument 248, 2002, Das Imperium des High-Tech-Kapitalismus, H. 4 / 5, Hamburg
Atzert, Thomas / Müller, Jost (Hg.) 2003: Kritik der Weltordnung. Berlin
Balibar, Etienne, 2003: Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg
Dackweiler, Regina-Maria, 2000: „Wir sind der Nukleus der globalen Zivilgesellschaft" – Zusammenspiel und Wechselverhältnisse der internationalen und nationalen Frauenbewegung am Beispiel des österreichischen Gewaltschutzgesetzes. In: Michiko Mae / Ilse Lenz (Hg.), Frauenbewegungen weltweit – Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen, 167-198
Deppe, Frank, 2007: Euroimperialismus. Anmerkungen zu einem neuen Schlagwort. In: Arrighi et al.: Kapitalismus Reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie. Hamburg, 197-219
Deppe, Frank / Heidbrink, Stephan / Salomon, David / Schmalz, Stefan / Schoppengert, Stefan / Stolty, Ingar 2004: Der neue Imperialismus, Heilbronn
Gill, Sephen, 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Münster
Hardt, Michael / Negri, Antonio, 2002: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt – New York
Harvey, David, 2003: „Der 'neue' Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung". In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H.5, 3-32
Harvey, David, 2004: Globalisierung und Neuer Imperialismus. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H.3, 34-51
Haug, Wolfgang Fritz, 2003: High-Tech-Kapitalismus. Analysen zur Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie. Hamburg
Hirsch, Joachim, 1990: Kapitalismus ohne Alternativen? Hamburg
Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin
Hirsch, Joachim, 2004: Was ist Imperialismus? In: Das Argument 257, Berlin, S. 669-689
Hirsch, Joachim, 2005: Materialistische Staatstheorie. Hamburg
Hobson, John A. [1902] 2005: Imperialism, A Study. New-York
Hübner, Kurt, 2003: 2003: Ausländische Direktinvestitionen, internationale Produktionsverflechtung und nationale Arbeitsmärkte. In: Mahnkopf, Birgit (Hg.): Management der Globalisierung. Akteure, Strukturen und Perspektiven. Berlin, S. 101-119
Ignatieff, Michael, 2003: Empire Lite. Die amerikanische Mission und die Grenzen der Macht. Hamburg
Jessop, Bob, 1990: State Theory: Putting States in their Place, Cambridge
Jessop, Bob, 2002: The Future of the Capitalist State, Cambridge
Kagan, Robert, 2003: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin
Kannankulam, John / Wissel, Jens, 2004: Stichwort: Innere Bourgeoisie. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6 / I, Hg. Wolfgang Fritz Haug, Sp. 1136-1141
Krätke, Michael R., 2006: Der alte Staat in der neuen Weltordnung. Widerspruch Heft 51, Zürich, 167-181

Kreile, Michael, 2000: Die Internationalisierung von Produktion und Dienstleistung. In: Kaiser, Karl / Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Bonn
Leibfried / Zürn (Hg.), 2006: Transformationen des Staates. Frankfurt
Lenin, Wladimir Iljitsch [1917] 1960: Werke, Bd.22, Berlin / DDR, 191-309
Mann, Michael, 2003: Die ohnmächtige Supermacht. Frankfurt-New York
Massarrat, Mohssen, 2005: Kapitalismus- und Imperialismus-Kritik in der Krise. Ernest Mandel und die aktuelle Imperialismusdebatte. In: Widerspruch 48, Zürich, 225-240
Panitch, Leo, 1994: Globalization and the state. In: Miliband, Ralph / Panitch, Leo (Hg.): Socialist Register 1994. London, 60-93
Panitch, Leo / Gindin, Sam, 2004: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium. Hamburg
Poulantzas, Nicos, 2001: Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: J. Hirsch, B. Jessop u. N. Poulantzas, Die Zukunft des Staates. Hamburg
Wallerstein, Immanuel, 2004: Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht. Hamburg
Winter, Jens, 2007: Transnationale Arbeitskonflikte. Das Beispiel der hegemonialen Konstellation im NAFTA-Raum. Münster
Wissel, Jens, 2007: Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas Staatstheorie. Baden-Baden
Wissen, Markus, 2003: TRIPs, TRIPs-plus und WTO. Konflikte um die Eigentumsrechte an genetischen Ressourcen. In: Brand, Ulrich / Görg, Christoph: Postfordistische Naturverhältnisse. Münster, 128-155
Zeller, Christian (Hg.), 2004: Die Globale Enteignungsökonomie. Münster

Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
Wo sie Verschwiegenes benennt, Handlungsmöglichkeiten diskutiert.
Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift –
– da ist FORUM WISSENSCHAFT. Das kritische Wissenschaftsmagazin.

Aktuelle Ausgabe (4/2007): **»Ja, mach nur einen Plan ...«**. Erfahrungen mit gesellschaftlicher Planung: Voraussetzungen, Gegenstandsbereiche, Probleme, Geschichte und Heutiges. **Außerdem:** Geschlechtergerecht studieren können (II). Studierfähigkeitstests. Geschlechter und Haushalte. Klimawandel: Was fragen nächste 68er? Nanotechnologie-Visionen und -Realitäten.

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen Themenschwerpunkt.
Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller Illustration.



FORUM Wissenschaft

FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.
Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · www.bdwi.de/forum · forum@bdwi.de
Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · www.bdwi.de